

Präventive Hausbesuche bei hochbetagten Menschen - Übertragung des Berner Modellprojekts auf München, Machbarkeitsstudie

Ergänzungsantrag von Frau Stadträtin Dr. Anker - Ziffer 4 des Beschlusses 'Gesundheitsberichterstattung - Folgerhebung zur Studie 'Gesundheit im Alter' des Gesundheitsausschusses in der Sitzung vom 29.06.2000

2 Anlagen

Beschluß des Gesundheits- und Krankenhausausschusses vom 25.01.2001 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

In der Sitzung des Gesundheits- und Krankenhausausschusses am 29.06.2000 zum Thema 'Gesundheitsberichterstattung - Folgerhebung zur Studie 'Gesundheit im Alter' wurde der Ergänzungsantrag zu den Präventiven Hausbesuchen von Frau Stadträtin Dr. Anker gestellt (siehe Anlage 1).

Erstmals war das Projekt „Präventive Hausbesuche“ bei der Vorlesungsreihe „Frauen und Gesundheit in Wissenschaft und Praxis“ (Wintersemester 1998/99 vorgestellt worden. Aufgegriffen vom Gesundheitsbeirat (Plenum) anlässlich des Internationalen Jahres der älteren Menschen und insbesondere unterstützt von der ehemaligen Stadträtin Frau Dr. Keyser befaßte sich der Arbeitskreis Versorgungskette des Gesundheitsbeirats seit November 1999 mit den Präventiven Hausbesuchen bei hochbetagten Menschen (siehe die Zusammenfassung in der Anlage 2) und der Übertragbarkeit der Berner Studie auf München. Es wurden Gespräche mit dem ASD, mit der Forschungs- und Koordinierungsstelle Public Health, mit Vertretern der Hausärzte, mit dem Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation in München-Neuperlach, mit der AOK, Bayern und München und anderen geführt. Die Beteiligten waren sich einig, daß Präventive Hausbesuche

- dem veränderten Altersspektrum der Bevölkerung und den sich daraus ergebenden gesundheitlichen Aspekten entsprechen
- möglicherweise stationäre und / oder häusliche Pflege und Krankenbehandlung verhüten
- und damit einen wesentlichen Beitrag zur effektiven gesundheitlichen Versorgung und Lebensqualität der alten Menschen leisten.

Gleichzeitig wurde problematisiert, daß die schweizerischen Erfahrungen nicht ohne weiteres auf die Bundesrepublik, insbesondere was Kosteneinsparungen anbetrifft, übertragen werden können. Außerdem greifen die Schweizer bei den präventiven Hausbesuchen auf spezifisch ausgebildetes Gesundheitspersonal zurück. Es ist noch zu prüfen, ob diese Ausbildung in der Bundesrepublik gegeben ist. Dem Referat für Gesundheit und Umwelt ist es weiterhin wichtig, daß aus der Forschungsfrage der Schweizer ein Versorgungsmodell wird, das pilothaft in einem

Stadtteil und / oder mit einer Auswahl von Personen erprobt wird. Die AOK hat Verhandlungsbereitschaft an einer Beteiligung zur Untersuchung der Kostenauswirkungen des Projektes erkennen lassen.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt kann diese komplexen Fragen nicht mit den vorhandenen Ressourcen klären. Es wäre daher notwendig, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, in der u. a. folgende Fragen geklärt werden müssten:

- Zur Übertragung der Schweizer Erfahrungen: ist das Forschungsvorhaben aus Bern als Versorgungsmodell brauchbar; welche Unterschiede sind bei der Übertragung von Bern nach München durch die verschiedenen Rahmenbedingungen zu erwarten, sind die Instrumente aus Bern auch in der BRD valide; Abschätzung, ob unter BRD-Gesundheitssystem-Bedingungen gleiche oder höhere Einsparungen zu erzielen sind als in der Schweiz; dazu sind erforderlich: Fahrten nach Bern und Hamburg, Abklärung des Urheberrechts in der Schweiz
- Implementation in München: Anpassung des Studiendesigns auf die Erfordernisse in München; Vorschlag eines Stadtteils / einer Bevölkerungsgruppe für die Durchführung; Vorschlag zur Stichprobengröße, zur Altersgruppe. Überprüfung einer Kooperation mit dem Pflegeberatungsprojekt im Krankenhaus München-Neuperlach. Erprobung in einer Pilotphase mit 10-20 Haushalten. - Dafür sind erforderlich: Expertengespräche mit Sozialreferat, Krankenhaus Neuperlach, Hausarztkreisen, AOK u.a.; Einrichtung einer Arbeitsgruppe 'präventive Hausbesuche' zur Projektbegleitung; öffentliche Fachtagung mit geriatrischem Fachpersonal aus der Bundesrepublik und der Schweiz zu Präventiven Hausbesuchen; Klärung rechtlicher Probleme von Hausbesuchen; Abschätzung des Teilnahmeverhaltens; Klärung des Weiterbildungs- und Schulungsbedarfs der eingesetzten Fachkräfte; Abstimmung mit dem EU-Ausbildungsentwurf der Family Health Nurse.
- Vorlage eines Interventionskonzepts 'Präventive Hausbesuche' mit Kosten- und Finanzierungsplan; Vorschlag geeigneter Auftragnehmer für die Durchführung des Projekts, Termin Dezember 2001.

Die Kosten für die Machbarkeitsstudie wurden im Referat für Gesundheit und Umwelt mit 100.000.-DM kalkuliert. Mit der Forschungs- und Koordinierungsstelle Public Health wurde das Thema fachlich diskutiert; sie käme ggf. als Auftragnehmer in Betracht.

Da diese Mittel im Haushalt des RGU für 2001 jedoch nicht zur Verfügung stehen und die Stadtkämmerei die Bereitstellung zusätzlicher Mittel abgelehnt hat, kann dem Stadtrat bedauerlicherweise eine Umsetzung dieses Konzeptes nicht vorgeschlagen werden.

Das Konzept des Projektes „Präventive Hausbesuche“ ist mit dem Sozialreferat und der Beschwerdestelle des Oberbürgermeisters für Probleme der Altenhilfe abgestimmt.

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Dr. Anker, hat einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

III. Das im Vortrag des Referenten dargestellte Konzept einer Machbarkeitsstudie zum Thema Präventive Hausbesuche bei hochbetagten Menschen kann nicht umgesetzt werden, weil die zur Finanzierung des Projektes im Haushaltsjahr 2001 notwendigen Mittel in Höhe von 100.000 DM zu Gunsten des UA 5100 nicht bereitstehen.

IV. Der Ergänzungsantrag aus der Sitzung des Gesundheits- und Krankenhausausschusses vom 29.06.2000 zum TOP „Gesundheitsberichterstattung - Folgeerhebung zur Studie „Gesundheit im Alter“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.

III. Beschluß

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/in

Joachim Lorenz
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I mit III.

über den stenographischen Sitzungsdienst

an das Revisionsamt

an die Stadtkämmerei

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

das Sozialreferat

das Schulreferat

die Gleichstellungsstelle für Frauen

die Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit

an das Referat für Gesundheit und Umwelt K, Geschäftsf. Gesundheitsbeirat

an das Referat für Gesundheit und Umwelt K, Frau Stahl

an das Referat für Gesundheit und Umwelt V

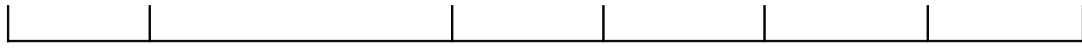
an das Referat für Gesundheit und Umwelt PG18

an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-GL/SB

=====

V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt K

	Entw.Verf.	K	C/S/ GL	BdR	VR	R
Datum						
Handz.						



/mnt/opentransformer_tmp/opentransformer_renderer_input68414.doc